



Ausgabe Nr. 65 · März 2008

Gastbeitrag vom Stadtteilmanager

Seit November 2007 hat Stuttgart – als erste deutsche Großstadt – einen Stadtteilmanager. In den nächsten zwei Jahren wird Torsten von Appen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Marketingkonzepte zur Aufwertung der Stuttgarter Stadtteile entwickeln und deren Umsetzung begleiten. Außerdem wird er für alle stadtteilrelevanten Anfragen eine Lotsenfunktion haben.



Zunächst wird er sich pilothaft auf einige wenige Stadtbezirke konzentrieren. Deshalb waren alle Bezirksvorsteher aufgerufen, sich mit ihrem Bezirk als Pilotstandort zu bewerben. Dabei sollte in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort eine kurze Darstellung der Situation im Stadtteil ausgearbeitet und begründet werden, warum besonders in ihrem Bezirk Handlungsbedarf besteht. Aus den eingegangenen Bewerbungen wurden die Stadtbezirke Plieningen und Birkach, Weilimdorf, Zuffenhausen und Stammheim sowie Ober- und Untertürkheim, Wangen und Heimdelfingen ausgewählt. In den genannten Pilotstandorten wird sich der Stadtteilmanager überwiegend mit der Entwicklung von stadtteilübergreifenden Maßnahmen befassen. Schwerpunkte sind:

1. Aufbau eines Leerstandsmanagements zur Branchenansiedlung und Ausarbeitung von Branchennutzungskonzepten
2. Aufbau einer Informations- und Austauschplattform
3. Entwicklung von Konzepten, die in alle Stadtbezirke übertragbar sind
4. Lotsenfunktion für die Vertreter der Wirtschaft
5. Verbesserung der Vernetzung von den Handel- und Gewerbetreibenden

KURZ INFORMIERT

Öffentliche Ausschreibungen

Neue Orientierungswerte bei Wirtschaftlichkeitsprüfung

Aufgrund des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebots müssen alle Gebietskörperschaften ihre Aufforderung zur Abgabe eines Angebots öffentlich ausschreiben. Eine beschränkte Ausschreibung ist nur zulässig, wenn die öffentliche Ausschreibung für den Auftraggeber oder die Bewerber einen Aufwand verursachen würde, der zu dem erreichbaren Vorteil oder dem Wert der Leistung im Missverhältnis stehen würde. Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hält bislang durch eine restriktive Kontrollpraxis die Kommunen dazu an, auch bei niedrigen Auftragsvolumina das Vergaberecht anzuwenden.

Das Innenministerium hat jetzt der GPA empfohlen, ihre Kontrollpraxis bei der Frage der Wirtschaftlichkeit und des Missverhältnisses des Aufwands bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge zu ändern. Gestützt auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe schlug das Innenministerium neue nicht rechtsverbindliche Orientierungswerte bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung vor. „Diese Neuerung birgt eine große Chance, die Chancengleichheit des örtlichen Handwerks und des Mittelstands zu erreichen“, urteilen die Stadträte Reinhold Uhl und Reinhard Löffler.



Stadtrat Dr. Reinhard Löffler MdB

Aufgrund dieser erfreulichen Aussicht fragt die CDU-Fraktion die Stadtverwaltung, welche Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis sie aufgrund der neuen Orientierungswerte erwartet und wie sie die neuen an die Hand gegebenen „Instrumente“ für Handwerk und Mittelstand am Ort einzusetzen gedenkt. Allerdings will die CDU auch wissen, wie die Verwaltung gewährleisten kann, dass Grundprinzipien wie der diskriminierungsfreie Zugang zu öffentlichen Aufträgen, wie Transparenz und Gleichbehandlung, insbesondere im so genannten unter-schwelligem Bereich, verwirklicht werden. Daran schließt sich die Frage an, welche präventiven Maßnahmen die Verwaltung ergreift, um der durch höhere Orientierungswerte entstehenden Gefahr von Preisabsprachen und anderen manipulierenden Aktivitäten entgegenzuwirken.



Trauer um Jo Krummacher

Der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete und evangelische Pfarrer Johann-Henrich Krummacher starb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 61 Jahren im Katharinenhospital.

Die Anteilnahme der Fraktionsmitglieder gilt den Angehörigen – der Ehefrau Ingrid Krummacher und den sechs Kindern. „Jo Krummachers kompetente und vertrauensbildende Arbeit werden wir vermissen“, so Fraktionsvorsitzender Reinhold Uhl: „Er brachte seine Kraft und Ideen voll in seinen Wahlbezirk ein.“

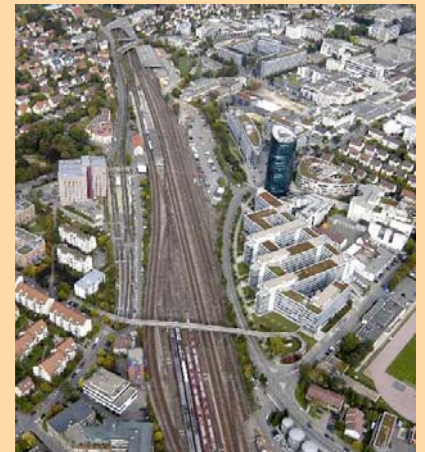
Neue Anträge der CDU

- **Ausbaupläne Nord-Süd-Straße**
22.02.08 Nr. 68/2008
- **Perspektiven öffentlicher Regional- und Nahverkehr**
mit SPD
20.02.08 Nr. 59/2008
- **Bericht Auslandspatienten am Klinikum**
14.02.08 Nr. 58/2008
- **Rommelshauer Straße**
mit Freie Wähler und FDP
11.02.08 Nr. 38/2008
- **Konferenz zur Kinderarmut**
mit SPD
08.02.08 Nr. 36/2008
- **Hohewartschule – Platznot für die Nachmittagsbetreuung**
28.01.08 Nr. 26/2008
- **Grundschule Mühlhausen – Schadstoffbelastung**
28.01.08 Nr. 25/2008
- **EnBW City - Fasanenhof Betriebskita erforderlich?**
28.01.08 Nr. 24/2008
- **Quo vadis ZOB, Teil II**
25.01.08 Nr. 23/2008
- **Wirtschaftlichkeitsprüfung öffentlicher Ausschreibungen**
24.01.08 Nr. 22/2008
- **EU-Grünbuch zur Stadtverkehrspolitik**
22.01.08 Nr. 18/2008
- **Studie „Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland“**
21.01.08 Nr. 13/2008
- **Krankenhaussozialarbeit**
18.01.08 Nr. 11/2008

Verlegung des ZOB, aber wohin?

Das Jahrhundertprojekt Stuttgart 21 macht es notwendig, den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) am Hauptbahnhof zu verlegen. Das wird aller Voraussicht nach bis Ende 2010 der Fall sein. Jede der Varianten für den zukünftigen Fernomnibusbahnhof (FOB) hat Vor- und Nachteile, die vor einer endgültigen Entscheidung genau abgewogen werden müssen. Zwar hat sich der Umwelt- und Technikausschuss dafür ausgesprochen, die von der Stadtverwaltung favorisierte Ansiedlung eines neuen Fernomnibusbahnhofs am Vaihinger Bahnhof vertiefend zu prüfen. „Das heißt aber nicht, dass wir uns bereits unwiderruflich hierauf festgelegt haben“, sagt der Betriebsstadtrat für Vaihingen, Jürgen Sauer. So hat die jüngste Studie über die Bus- und Fahrgastzahlen des ZOB am Hauptbahnhof die Zahl von 70 Bussen an normalen Tagen und 26.000 Bussen jährlich ergeben, was einer Verdoppelung der bisher von der Stadtverwaltung publizierten Zahlen entspricht.

Es mag sein, dass nach Abschluss aller Standortprüfungen die endgültige Entscheidung für einen neuen FOB in Vaihingen fallen wird. Doch kann diese Entscheidung erst getroffen werden, wenn sämtliche Fragen beantwortet worden sind und eine offene Diskussion über das Für und Wider geführt wurde, bei der sich herausgestellt hat, dass es keine besseren Alternativen gibt.



Links der bestehende ZOB am Hauptbahnhof in der Stadtmitte, daneben das in der Diskussion im Vordergrund stehende Areal für den FOB in Vaihingen

„Aus diesem Grund haben wir in mehreren Anträgen an die Stadtverwaltung umfangreiche Informationen für unsere weitere Entscheidungsfindung erbeten“, erklärt Stadtrat Jürgen Sauer. Darin wirft die CDU etwa die Frage auf, ob nicht auch dezentrale, in den Außenstadtbezirken bereits bestehende Busbahnhöfe einen Lösungsansatz darstellen. Auch ein schlüssiges Verkehrslenkungskonzept, das im Falle Vaihingens die Innenstadt vom Fernbusverkehr weitestgehend freihalten soll, ist Thema der Anträge. Generell, so lautet neben den Anträgen eine weitere Forderung der CDU, ist eine verbesserte Informationspolitik seitens der Stadtverwaltung gegenüber der Öffentlichkeit unerlässlich, um in Sachen ZOB-Verlegung voranzukommen.